



Rechtsgrundlagen
Für diesen Bebauungsplan gelten:
- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinbarungs-
novelle vom 3. Dezember 1976 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von In-
vestitionen im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979;
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BaunVVO) in der Fassung vom
15. September 1977.

Planzeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung

	Kleingewerbegebiet		Mischgebiet
	Kleines Wohngebiet		Mischgebiet
	Allgemeines Wohngebiet		Gewerbegebiet
	Sonderwohngewerbegebiet		Industriegebiet
	Sondergebiet		Sondergebiet

Maß der baulichen Nutzung

	Geschossflächenzahl		Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
	Grundflächenzahl		Zahl der Vollgeschosse als Zwangsgrenze

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

	offene Bauweise		geschlossene Bauweise
	nur Einzelhäuser zulässig		ausschließlich Bauweise ohne Mehrfamilienhäuser
	nur Doppelhäuser zulässig		Orientierung der baulichen Anlagen
	nur Hausgruppen zulässig		Baulinie
	nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig		Baugrenze
			siehe textliche Festsetzung

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf

	Flächen für den Gemeinbedarf		Schulen, Kindertagesstätten, Jugendheimen, Sportplätzen, Grünanlagen, etc.
--	------------------------------	--	--

Einrichtungen und Anlagen

	Schule		Kindertagesstätten, Jugendheimen, Sportplätzen, Grünanlagen, etc.
	Kirchen und sonstigen öffentlichen Gebäude und Einrichtungen		Kindertagesstätten, Jugendheimen, Sportplätzen, Grünanlagen, etc.
	Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.		Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.

Verkehrsflächen

	Straßenverkehrsflächen		Einbahn
	Straßenbegrenzungslinie		Einbahnbereich
	Öffentliche Verkehrsflächen		Bereich ohne Ein- und Ausfahrten
			Bahnhöfen
			Umgestaltung der Flächen für den Fußverkehr

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie für Ablagerungen

	Flächen für Ver- und Entsorgungsanlagen		Abwasser
	Elektrizität		Abfall
	Gas		
	Wasser		

Planungen, Nutzregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft

	Umgestaltung von Flächen für Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.		Anpflanzen von Bäumen
	Umgestaltung von Flächen für Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.		Anpflanzen von Bäumen
	Umgestaltung von Flächen für Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.		Anpflanzen von Bäumen

Sonstige Planzeichen

	Umgrünung von Flächen für Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.		St. Stellplätze
	Umgrünung von Flächen für Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.		St. Stellplätze
	Umgrünung von Flächen für Grünanlagen, Grünflächen, Grünzüge, Grünverbindungen, etc.		St. Stellplätze

Textliche Festsetzungen
Sonstiges Sondergebiet (S0) gem. § 11 BauNVO: Zentrum für technologisch orientierte Kleinbetriebe
zulässig sind:
- Büro-, Lager- und Laborräume sowie Werk- und Produktionsstätten für chemisch-physikalisch-technische Unternehmen.
Der flächenbezogene Schallemissionspegel darf 50 dB(A) tags und 30 dB(A) nachts nicht überschreiten. An den Grenzen zu den umgebenden Wohngebieten sowie zur Fläche für Gemeinbedarf „Schule“ darf ein jeweils um 5 dB(A) höherer Beurteilungspegel nicht überschritten werden.
Festsetzung nach § 9(1) Ziff. 25a BBauG:
Fläche für das Anpflanzen von Gehölzen.
Festsetzung nach § 9(1) Ziff. 25a,b BBauG:
In diesen Flächen sind die vorhandenen Bäume und Sträucher zu erhalten und auf den freien Flächen je 3,0 qm ein heimischer Laubstrauch und je 100,0 qm ein hochwuchernder Laubbaum anzupflanzen.
Auf den Strecken a-b und c-d verläuft die Baugrenze auf der Grenze der Änderung des Bebauungsplanes.

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 04.11.1993 ...). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die neubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Öffentlichkeit übertragen.
Hildesheim, den 07.12.1993
Stadtvermessungsamt
A. Vegenay

Für die Aufstellung des Planentwurfs.
Hildesheim, den 07.12.1993
Stadtplanungsamt
A. Vegenay

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2(1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 05.03.83 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß wurde am 05.10.1983 ... in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte vom ... bis ... Die ... Gleichzeitig bestand allgemein Geltendmachung zur Aufhebung und Erörterung, Bürgerversammlung am 12.10.1983 Hildesheim, den 07.12.1983
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
A. Vegenay

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung am 12.12.1983 ... zugestimmt und die Öffentl. Auslegung gem. § 2 a (8) BBauG beschlossen.
Hildesheim, den 12.03.1984
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
A. Vegenay

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 a (8) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung vom 10.02.1984 ... bis 03.03.1984 ... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgestellt.
Die Auslegung ist am 02.02.1984 ... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Einlegung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.
Hildesheim, den 12.03.1984
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
A. Vegenay

Dieser Entwurf zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde aufgetragen gem. § 2 a (8) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung am 04.11.1993 ... als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beigefügt, ihr wurde zugestimmt.
Hildesheim, den ...
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
A. Vegenay

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 09.04.1984 ... als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beigefügt, ihr wurde zugestimmt.
Hildesheim, den 10.04.1984
Oberbürgermeister
A. Vegenay
Oberstadtdirektor
A. Vegenay

GENEHMIGT
gem. § 11 des Bundesbaugesetzes (neueste Fassung), nach Maßgabe der Vorlegung
309 18-37104, 2-156-1/1984
Hannover, den 09.07.1984
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
A. Vegenay

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) ab 07.07.1984 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 07.07.1984 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Die Hinweise zu § 44c und 155a BBauG sind erfolgt. Mit der Bekanntmachung wird dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich.
Hildesheim, den 07.07.1984
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
A. Vegenay

STADT HILDESHEIM

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 136

Für das Gebiet der Robert-Bosch-Gesamtschule

Maßstab 1:500